

Pressemeddelelse

Kiel, 27.03.2012

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Lehrerausbildung: CDU und FDP zementieren eine überholte Schulpolitik

*Zu den heutigen Äußerungen von Wissenschaftsminister Jost de Jager zur Reform der Lehrerausbildung an der Universität Flensburg erklärt die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, **Anke Spoorendonk**:*

„Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, blendet Schwarz-Gelb einen Teil der schulpolitischen Wirklichkeit anno 2012 einfach aus und zementieren noch schnell ihre überholte Schulpolitik. Die CDU und die FDP hadern immer noch damit, dass Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein nicht nur an den Gymnasien sondern auch an den Gemeinschaftsschulen zum Abitur geführt werden. Aber aus ideologischen Gründen und mit Rücksicht auf Statusgruppen will Schwarz-Gelb nicht die gymnasiale Lehrerausbildung anfassen. Dabei sind Probleme schon vorprogrammiert. Die sachgerechte Konsequenz aus der Schulreform ist und bleibt eine Lehrerausbildung für die Sekundarstufe II an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.“

Anke Spoorendonk bedauert, dass die CDU-FDP-Landesregierung nun Fakten schafft und sich einer Verständigung verschließt, obwohl der Bildungsausschuss des Landtags am Donnerstag einen Kompromissvorschlag der Grünen beraten wird:

„Die Grünen haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, bei dem sowohl in Flensburg als auch in Kiel für die Sekundarstufen I und II ausgebildet wird



und bei dem diese Ausbildungen gleichgestellt werden. Dieser äußerst pragmatische Kompromiss müsste für alle Seiten tragbar sein, weil dadurch keine Strukturen verändert werden müssten. Es ist bedauerlich, dass die CDU und die FDP sich gar nicht auf eine Diskussion eingelassen haben und lieber kurz vor der Landtagswahl eigene Fakten schaffen. Diese ignorante Vorgehensweise trägt nicht dazu bei, überparteilich Frieden in die Schulpolitik zu bringen.“

